

über die 19. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Monheim am Rhein vom 14.09.2017

Sitzungsraum: Ratssaal, Rathaus, Rathausplatz 2, 40789 Monheim am Rhein
Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 20:00 Uhr

Anwesend:

Ausschussvorsitzender

Herr Daniel Zimmermann

Mitglieder der PETO-Fraktion

Herr Ingo Elsner

Frau Julia Häusler

Herr Torsten Kinzel

Herr Dr. Florian Klein

Vertretung für Herr Tim Kögler

Frau Janne Koch

Frau Lisa Pientak

bis TOP 12 einschließlich (21:07 Uhr)

Herr Holger Radenbach

Herr Lucas Risse

Herr Sven Schuhen

Vertretung für Herr Andy Eggert

Herr Joris Schüller

Vertretung für Herr Benedikt Reich

Frau Laura Töpfer

Mitglieder der CDU-Fraktion

Herr Tim Brühland

Herr Markus Gronauer

Herr Michael Nagy

Mitglieder der SPD-Fraktion

Herr Werner Goller

FDP

Herr Andreas Wölk

DIE LINKE

Frau Badietül Gezici

von der Verwaltung

Herr Andreas Apsel

Frau Sonja Baumhauer

Frau Simone Feldmann

Herr Martin Frömmer

Herr Peter Heimann

Herr Guido Krämer
Herr Edgar Lenz
Herr Roland Liebermann
Herr Michael Lobe
Herr Dietmar Marx
Herr Georg Mittmann
Frau Sabine Noll
Herr Thomas Waters
Herr Thomas Zitzmann

stellv. Schriftführerin

Frau Cansen Akcakavak

Entschuldigt fehlten:**Mitglieder der PETO-Fraktion**

Herr Andy Eggert
Herr Tim Kögler
Herr Benedikt Reich

Mitglieder der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Herr Manfred Poell

von der Verwaltung

Herr Manfred Hein
Frau Gisela Herforth
Frau Christiane Schärfke
Herr Marc Steven

Schriftführerin

Frau Anke Bitsch

Tagesordnung:

TOP	Beratungsgegenstand	Vorlage Nr.
1	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit	
2	Bestellung einer stellvertretenden Schriftführung für den Haupt- und Finanzausschuss	IX/1267
3	Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung - öffentlicher Teil -	
4	Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner	
5	Ausbau von Möglichkeiten der Online-Beteiligung für Bürgerinnen und Bürger	IX/1235
6	Verlegung von zusätzlichen Stolpersteinen für Opfer der Zwangsarbeit sowie Herausgabe einer Broschüre	IX/1264

7	Video-Streaming der Sitzungen des Rates der Stadt Monheim und seiner Ausschüsse im Internet	IX/1300
8	Monheim 4.0 – Projektbausteine 2018 und überplanmäßige Mittelbereitstellung 2017	IX/1251/1
9	Erlass einer Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen im Stadtgebiet Monheim am Rhein im Jahr 2018	IX/1242
10	9. Satzung zur Änderung der "Gebührensatzung zur Abfallentsorgungssatzung (Abfallentsorgungsgebührensatzung) der Stadt Monheim am Rhein vom 16.12.2008"	IX/1253
11	3. Satzung zur Änderung der "Satzung über die Abfallentsorgung (Abfallentsorgungssatzung) in der Stadt Monheim am Rhein vom 11.06.2012"	IX/1254
12	Realisierung eines praxisorientierten Konzepts zur Verbesserung des Arbeitsmarktzugangs für Flüchtlinge	IX/1248
13	Bereitstellung von überplanmäßigen Finanzmitteln aufgrund der Änderung des Unterhaltsvorschussgesetzes rückwirkend ab dem 1. Juli 2017	IX/1240
14	Einführung einer Rente für ehrenamtliche Angehörige der Freiwilligen Feuerwehr Monheim am Rhein	IX/1247/1
15	Strategische Weiterentwicklung der VHS	IX/1233
16	Trägerschaft Kindertagesstätte Bregenzer Straße	IX/1230
17	Umgestaltung der Monheimer Bürgerwiese - Auswahl eines Planungsbüros Beratung	IX/1180
18	Bereitstellung von überplanmäßigen Finanzmitteln für die Baumaßnahme „Umgestaltung des Alten Marktes inkl. Kanalauswechslung“	IX/1236
19	Neubau von 4 Kindertagesstätten - Baubeschluss -	IX/1245
20	Freianlagen an den Übergangwohnheimen Niederstraße - Baubeschluss -	IX/1265
21	Halbjahresbericht zum Stichtag 30.06.2017	IX/1234
22	Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses der Stadt Monheim am Rhein 2016 und Entlastung des Bürgermeisters	IX/1270/1
23	Beschluss über die Verwendung des Jahresüberschusses 2016	IX/1273
24	Mündliche Mitteilungen	
25	Mündliche Anfragen	

Sitzungsergebnis:**1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit****Protokoll:**

Der Bürgermeister eröffnet die 19. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses und stellt die ordentliche Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Entschuldigt fehlen Herr Tim Kögler (PETO), der von Herrn Dr. Florian Klein vertreten wird sowie Herr Benedikt Reich (PETO), der von Herrn Joris Schüller vertreten wird.

**2 Bestellung einer stellvertretenden Schriftführung für den Haupt- und Finanzausschuss
Vorlage: IX/1267****Beschlussempfehlung**

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Monheim am Rhein bestellt Frau Cansen Akcakavak zur stellvertretenden Schriftführung für die heutige Sitzung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

3 Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung - öffentlicher Teil -**Protokoll:**

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Niederschrift der Sitzung vom 29.06.2017 ohne Wortmeldung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Zur Kenntnis genommen.

4 Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner**Protokoll:**

Der Bürger Herr Lambertz meldet sich zu Wort zu dem Thema der geplanten Einführung der Monheim-Card. Er fragt, ob alle vom Bürger in Anspruch genommenen Dienstleistungen dokumentiert würden und äußert seine Bedenken bezüglich der Datenerfassung über Monheimer Bürger. Es sei zu befürchten, dass man zum „gläsernen“ Bürger werde.

Weiterhin stellt er zu dem unter Tagesordnungspunkt 12 mit der Überschrift „Realisierung eines praxisorientierten Konzepts zur Verbesserung des Arbeitsmarktzugangs für Flüchtlinge“ zu beratenden Beschlussvorlage die Frage, nach welchen Kriterien die Teilnehmer an diesem Projekt ausgewählt würden und ob eine sachgerechte Ausbildung gewährleistet werde. Ferner fragt er, ob eine entsprechende Maßnahme auch für Langzeitarbeitslose in Monheim am Rhein geplant sei.

Zu Frage zwei führt der Bürgermeister wie folgt aus: Das geplante Projekt werde eine maximale Gesamtkostenhöhe von 400.000 € haben. Demnach seien 40.000 € pro Teilnehmer vorgesehen. Es handele sich hierbei um eine Kooperation mit dem Unternehmen Artech. Ziel der Maßnahme sei die Verkürzung der Zeit bis zum Arbeitseintritt von Flüchtlingen und gleichzeitig die Einbindung von Unternehmen, die gezielt nach Fachkräften suchen. Die Firma Artech werde hier vermittelnd tätig und erhalte eine Erfolgsprämie je Teilnehmer, wenn der einzelne Teilnehmer über einen Zeitraum von mehr als sechs Monaten ungekündigt im Beruf verbleibe. Die Ausbildung sei für 18 Monate angelegt. Die Auswahl der Teilnehmer obliege dabei dem Trägerunternehmen. Eine Vergütung werde daher erst dann ausgezahlt, wenn die genannten Voraussetzungen erreicht würden.

Im Hinblick auf die Einsparungen in Bezug auf Sozialmaßnahmen und sonstigen staatlichen Leistungen seien die Kosten dieses Projektes nicht unverhältnismäßig.

Eine ähnliche Maßnahme für ALG-II-Empfänger gebe es nicht. Es gehe bei dieser Maßnahme gerade darum, die erschwerten Zugangsvoraussetzungen, mit denen Flüchtlinge konfrontiert seien, zu beseitigen.

Zu der ersten Frage erklärt der Bürgermeister, dass das geltende Datenschutzrecht nicht außer Kraft trete. Dem Bürger werde vielmehr durch die Bereitstellung seiner Daten eine Transparenz geboten, die es bisher nicht gebe. Diese Daten würden selbstverständlich keinem Dritten zur Verfügung gestellt oder zugänglich gemacht. – Neben der Transparenz für den Bürger sei ein weiterer Vorteil die vereinfachte Möglichkeit der Antragstellung. Insgesamt werde mit der Monheim-Card ein schnellerer und leichter Zugang zu Dienstleistungen ermöglicht.

In der Ratssitzung im Oktober soll das Konzept näher vorgestellt werden.

5 Ausbau von Möglichkeiten der Online-Beteiligung für Bürgerinnen und Bürger Vorlage: IX/1235

Protokoll:

Der Bürgermeister stellt das Konzept der Online-Beteiligung für Bürgerinnen und Bürger vor. Zu dem bisher bekannten System der Firma „wer denkt was“ sollen zwei weitere hinzukommen. Die anwesenden Vertreter stellen das Konzept ihrer jeweiligen Firma vor. Es handelt sich um die Agenturen „Civoracy“, „Collective Insights“ sowie „wer denkt was“.

Der Bürgermeister fasst zusammen, welche Vorteile für die jeweiligen Unternehmen sprechen und erklärt, wie die verschiedenen Systeme der Agenturen sich ergänzen.

Auf die Frage des Sprechers der FDP, wie die Qualität der Beiträge und das Resultat der Bürgerbeteiligung gewährleistet werden, antworten die Sprecher der Agenturen,

dass die Beiträge, die dem Bürger vorgegeben werden, durch gute Fragestellungen gelenkt werden sollen. Da wo ein Themenoffenes Konzept vorgesehen ist, werde eine Qualitätssicherung durch eine Registrierung des Beteiligten und eine Moderation der Plattform gewährleistet.

Auf Nachfrage erklärt ein Sprecher der Agentur, dass die Plattform nicht mehrsprachig, sondern nur auf Deutsch geführt werde.

Der Sprecher der SPD fragt, ob den Bürgerinnen und Bürgern nur eine einheitliche Plattform präsentiert werden soll, oder ob drei unterschiedliche Plattformen nebeneinander für eine Bürgerbeteiligung angeboten werden sollen. Ferner stellt er die Frage, ob mit der Beteiligung der Agenturen weitere Kosten entstünden oder ob dies mit der Stellenerweiterung abgegolten sei.

Der Bürgermeister erklärt, dass jährlich wiederkehrende Kosten für Lizenzgebühren anfallen würden. Diese Kosten seien im Haushaltsetat vorgesehen. Die zusätzlichen Personalressourcen seien erforderlich, da ein städtischer Mitarbeiter, der sich inhaltlich mit den Themen auskennt, die Plattformen betreuen müsse. Diese Aufgabe könne nicht von den Agenturen übernommen werden.

Der Sprecher der SPD-Fraktion sowie der Sprecher der CDU-Fraktion sprechen sich für eine einheitliche Plattform aus. Der Sprecher der CDU-Fraktion erklärt ferner, dass die hier vorgestellte Form zu umfänglich sei und seine Fraktion der Beschlussvorlage in dieser Form nicht zustimmen werde.

Die Sprecherin der PETO-Fraktion spricht sich für die Beschlussvorlage aus. Mit diesen drei Modulen könnten auch Ideen der Bürgerinnen und Bürger, die bisher nicht in den Fokus der Politik gelangt seien, herangetragen werden. Diese Ideen könnten aus der Bürgerschaft an der richtigen Stelle eingebracht werden. Auch halte die Fraktion die vorgesehenen 1,5 Stellen für notwendig.

Seitens der FDP wird gefragt, ob eine Befristung der die Plattformen betreuenden Stelle sowie der Lizenzen möglich sei, für den Fall, dass die Maßnahme nicht gut angenommen wird.

Der Bürgermeister antwortet, dass die Ausweitung der Bürgerbeteiligung unumkehrbar sei. Die Statistik zeige, dass die Nutzung der Online-Haushaltsbeteiligung bei der Bürgerschaft sogar gestiegen sei. Sollten die Zahlen rückläufig sein, werde eine Verbesserung angestrebt. Es werde dem Bürger mit diesen Plattformen die Möglichkeit geboten eine qualifizierte Diskussion zu führen. Außerdem könne eine Transparenz zur Bürgermeinung und der politischen Meinung geschaffen werden. Die zusätzlich benötigten Personalressourcen seien erforderlich, um unter anderem eine Vernetzung von Online- und Offline-Beteiligungen herzustellen sowie Workshops und Infoveranstaltungen zu organisieren. Daher sei eine Qualifizierung, die über eine bloße Sachbearbeiter-Funktion hinausgehe, erforderlich.

Auf den Vorschlag des Sprechers der SPD-Fraktion, über den Tagesordnungspunkt 8 zu „Monheim 4.0“ und dort unter anderem zur Einführung der Monheim-Card, nicht abzustimmen, sondern hierzu eine Online-Bürgerbeteiligung zu starten, erklärt der Bürgermeister, dass es sich bei der Vorlage unter TOP 8 zunächst nur um eine Kenntnisnahme handele. Es sollen noch keine Fakten geschaffen werden. Eine Entscheidung soll in einer neuen Vorlage zum Thema Online-Shops für Monheimer Einzelhändler getroffen werden, damit diese noch vom Weihnachtsgeschäft profitieren können.

Beschlussempfehlung

1. Die beiden elektronischen Beteiligungsverfahren von „Collective Insights“ und „Civocracy“ werden angeschafft. Gleichzeitig wird der Online-Bürgerhaushalt entsprechend weiterentwickelt. Die entsprechenden Haushaltsmittel im Umfang von 75.000 € sind bei der Budgetplanung für das Haushaltsjahr 2018 zu berücksichtigen.
2. Im Rahmen des Stellenplans 2018 werden zur Betreuung der Verfahren 1,5 zusätzliche Stellenanteile nach Entgeltgruppe 10 eingerichtet.

Abstimmungsergebnis:**Mehrheitlich zugestimmt.**

Ja-Stimmen: 11 Peto-Fraktion, 1 FDP, 1 BM

Nein-Stimmen: 3 CDU

Enthaltungen: 1 SPD, 1 Linke

6 Verlegung von zusätzlichen Stolpersteinen für Opfer der Zwangsarbeit sowie Herausgabe einer Broschüre
Vorlage: IX/1264

Protokoll:

Der Sprecher der SPD-Fraktion erklärt, dass die Stadt Monheim am Rhein mit diesem Projekt eine bedeutende Aufgabe zur Aufarbeitung einer historischen Verantwortung erfülle, die nach seiner Kenntnis bisher noch in keiner Gemeinde in der Form behandelt worden sei. Daher begrüße er das Vorhaben sehr. Die SPD-Fraktion werde dem Beschlussvorschlag voll zustimmen.

Beschlussempfehlung

1. Die Verwaltung wird beauftragt, den Kölner Künstler Gunter Demnig mit der Anfertigung von 32 Stolpersteinen für die in der Anlage 1 genannten Opfer der Zwangsarbeit in Monheim und Baumberg zu beauftragen und deren Verlegung an den genannten Standorten durchzuführen.
2. Zur Information über das Schicksal aller 46 Personen, denen bereits ein Stolperstein gewidmet ist oder für die noch ein Stolperstein angefertigt wird, soll eine Broschüre erarbeitet werden.
3. Die Gesamtkosten in Höhe von 30.000 Euro zur Verlegung der zusätzlichen Stolpersteine sowie zur Erstellung der Broschüre werden überplanmäßig im Produkt Vorstandsbüro bereitgestellt. Die Deckung erfolgt durch Minderaufwendungen bei der Kreisumlage im Produkt Allgemeine Finanzwirtschaft.

Abstimmungsergebnis:**Einstimmig zugestimmt.**

7 Video-Streaming der Sitzungen des Rates der Stadt Monheim und seiner Ausschüsse im Internet
Vorlage: IX/1300

Protokoll:

Der Bürgermeister erklärt, dass die Beschlussvorlage auf einen Antrag der SPD-Fraktion zurückzuführen sei. Die Vorbereitung zu dieser Vorlage habe einige Zeit in Anspruch genommen. Unterschiedliche Aspekte seien zu beleuchten gewesen. Für eine umfassende Information der Bürgerschaft habe die Verwaltung entschieden, das geplante Video-Streaming nicht auf die Ratssitzung zu beschränken, sondern auch auf die Ausschusssitzungen zu erstrecken. Ein weiterer Aspekt sei die Debattenkultur, wie sie in der Ratssitzung bisher geführt werde. Da die Wortbeiträge im Monheimer Stadtrat nicht vom Rednerpult aus erfolgen und ausgehend davon, dass diese Form der Debattenkultur beibehalten werden soll, habe sich die Erforderlichkeit der Verwendung von mehreren Kameras gezeigt.

Der Sprecher der SPD-Fraktion bedankt sich bei der Verwaltung für die umfangreiche Bearbeitung des Antragsgegenstandes und räumt ein, dass seine Fraktion bei Antragstellung die Breite der zu berücksichtigenden Aspekte sowie die daraus resultierenden Kosten unterschätzt habe. Seine Fraktion vertrete auch die Ansicht, dass die bisherige Debattenform nicht geändert werden soll. Aufgrund der hohen Kosten, die das Video-Streaming mit sich bringe, würde er seinen Antrag rückwirkend zurücknehmen wollen.

Der Sprecher der CDU-Fraktion erklärt ebenfalls, dass die Debattenkultur nach Ansicht seiner Fraktion nicht geändert werden soll. Darüber hinaus erachte die CDU-Fraktion, die derzeit betriebene Öffentlichkeitsarbeit als ausreichend und werde der Beschlussvorlage nicht zustimmen.

Die Sprecherin der PETO-Fraktion erklärt, dass auch ihre Fraktion die bisherige Debattenkultur nicht ändern wolle. Gleichzeitig räumt sie ein, dass auch innerhalb der Fraktion über die Auswirkungen für Redebeiträge sowie die Kosten diskutiert worden sei. Gleichwohl sei man zu einem anderen Abwägungsergebnis gekommen als die CDU- und die SPD-Fraktion. Die PETO vertrete die Ansicht, dass die Kosten im Verhältnis zu dem stünden, was als Ergebnis erzielt werde. Durch das Videostreaming werde die politische Debatte in seiner Gänze für die Bürgerschaft geöffnet. Sie bekäme so die Möglichkeit unmittelbar zu sehen, wie sie von der Politik vertreten werde. Gleichzeitig schaffe diese Form der Informationsübertragung auch eine Barrierefreiheit und Transparenz. Die PETO-Fraktion werde dem Beschlussvorschlag daher zustimmen.

Der Sprecher der FDP äußert Bedenken, wegen der Kosten. Nicht berücksichtigt worden sei die Alternative einer reinen Tonspur-Übertragung. Er spricht sich zudem für einen Testlauf aus, der zunächst auf die Ratssitzung beschränkt sein sollte. Gleichwohl werde die FDP dem Beschlussvorschlag zustimmen.

Der Bürgermeister erklärt, dass die Kosten für eine Video-Übertragung in Verhältnis gesetzt werden müsse. Für das bisherige Sitzungssystem werde insgesamt bereits eine Summe von circa 300.000,- Euro ausgegeben. Für eine transparente Wiedergabe der Demokratie seien Kosten in Höhe von 45.000,- Euro nicht zu hoch. Das Videostreaming soll für den Bürger so komfortabel gestaltet werden, dass die Möglichkeit der Auswahl von Tagesordnungspunkten besteht, so dass Themen nach spezifischen Interessen abgerufen werden können. Die Aufnahmen sollen in Echtzeit übertragen werden. Einzige Ausnahme hiervon werde sein, die Zeit, die bei der

Inanspruchnahme eines Mandatsträgers nicht aufgenommen zu werden entstehe. Diese Lücken würden herausgeschnitten. Es werde diesbezüglich ein Hinweis erfolgen, dass der Wortbeitrag wunschgemäß nicht übertragen werde.

Die Stadt Monheim am Rhein habe die Urheberrechte an den Videos. Zudem habe jeder Mandatsträger, nicht nur vor seinem Redebeitrag, sondern auch nachträglich das Recht Widerspruch gegen die Veröffentlichung der Aufzeichnung seines Redebeitrages einzulegen. Nach herrschender Meinung in der Rechtswissenschaft, behalte der kommunale Mandatsträger das Recht am eigenen Bild, während ein Abgeordneter im Bundes- oder Landtag dieses Recht am eigenen Bild nicht habe. Sollten Videoaufzeichnungen trotz Sicherungsmaßnahmen doch einmal kopiert und veröffentlicht werden, werde die Stadt Monheim am Rhein die Löschung dieser Videos verlangen. Mit dem Video-Streaming könne die Niederschrift zudem in Zukunft auf ein Ergebnisprotokoll beschränkt werden.

Die Sprecher der CDU- und SPD-Fraktion fragen, ob es eine Möglichkeit der Revision gebe, wie diese auch zuvor von dem Sprecher der FDP angesprochen worden sei, die es möglich mache, beispielsweise nach einem Jahr, die Beschlussvorlage zu überprüfen. Der Sprecher der SPD-Fraktion erklärt zudem, dass er nach den ganzen Ausführungen zu dem Videostreaming einen besseren Einblick für das Vorhaben bekommen habe und zieht seinen Antrag zur Antragsrücknahme wieder zurück.

Gleichzeitig stellt er den Antrag die Beschlussvorlage ein Jahr nach ihrer Umsetzung zu überprüfen.

Mit einer solchen Revisionsmöglichkeit werde die SPD-Fraktion der Beschlussvorlage zustimmen.

Die Sprecherin der PETO-Fraktion begrüßt die Änderung der Position der SPD-Fraktion und erklärt, dass auch die PETO-Fraktion eine Erhebung der Nutzerzahlen interessant fände. Allerdings warnt sie vor einer Bewertung der „Lohnbarkeit“ des Videostreamings, anhand statistischer Zahlen. Im Vordergrund müsse die Tatsache stehen, dass mit einem Streaming viel mehr Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit erhielten, sich leichter über die politischen Diskussionen zu informieren.

Der Sprecher der SPD-Fraktion erklärt klarstellend, dass es ihm nicht um die Statistik gehe, sondern vielmehr um eine Möglichkeit, als Mandatsträger festzustellen, ob die Übertragung per Livestreaming die Diskussion im Rat beeinträchtige oder auch die Möglichkeit, heute noch nicht bedachte Umstände, nachträglich berücksichtigen zu können.

Die CDU-Fraktion befürwortet ebenfalls die von der SPD-Fraktion beantragte Revisionsmöglichkeit.

Antragsgemäß wird daraufhin die Ziffer 3 mit folgendem Wortlaut in die Beschlussformulierung aufgenommen:

„Die Verwaltung wird beauftragt, nach Ablauf eines Jahres eine Statistik über die Nutzung des Video-Streamings vorzulegen, so dass der Rat über die Fortführung des Angebots entscheiden kann.“

Die Beschlussempfehlung der Verwaltung lautet daraufhin, wie folgt:

Beschlussempfehlung

1. Die öffentlichen Teile der Sitzungen des Rates der Stadt Monheim am Rhein und seiner Ausschüsse sollen ab dem Jahr 2018 live ins Internet gestreamt und die Aufzeichnungen als Videoclips auf der Internetseite der Stadt zum Abruf bereitgestellt werden.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, eine entsprechende Anpassung der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse vorzubereiten und dem Rat vor dem Echtbetrieb zur Beschlussfassung vorzulegen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, nach Ablauf eines Jahres eine Statistik über die Nutzung des Video-Streamings vorzulegen, so dass der Rat über die Fortführung des Angebots entscheiden kann.

**Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.**

8 Monheim 4.0 – Projektbausteine 2018 und überplanmäßige Mittelbereitstellung 2017 Vorlage: IX/1251/1

Protokoll:

Der Bürgermeister erklärt klarstellend, dass es in der heutigen Sitzung nicht darum gehe, die MonheimCard oder die digitale Gesundheitsversorgung bereits umzusetzen. Vielmehr sollen zunächst die finanziellen Möglichkeiten geschaffen werden, über diese Vorhaben zu einem späteren Zeitpunkt zu entscheiden. Entschieden werden soll einzig über den sogenannten lokalen Marktplatz. Das Online-Shop Modul soll bereits in diesem Jahr gekauft werden, damit die örtlichen Händler konkurrenzfähig zu den großen Internetanbietern werden. Die örtlichen Händler könnten nicht nur die Beratung, sondern auch eine schnellere Lieferung im Raum Monheim am Rhein anbieten.

Der Sprecher der CDU-Fraktion erklärt, dass die genannten Vorhaben ihrer Meinung nach zu weitgreifend und zu kostenaufwendig seien. Weiterhin bemängelt er, dass die Beschlussfassung nach der aktuellen Formulierung nicht lediglich vorbereitend sei, sondern nach dem Wortlaut unter Ziffer 2, wo es heiße: „Im Jahr 2018 werden weitere Teilprojekte aus dem Bereich „Monheim 4.0“ umgesetzt. Hierfür werden im Haushaltsplan 2018 insgesamt 3,8 Mio. € investiv zur Verfügung gestellt.“, Entscheidungen über die Maßnahme getroffen würden. Unter Ziffer 3 werde zudem nicht deutlich, in welcher Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses ein Beschluss gefasst werden soll. Die CDU-Fraktion werde der Beschlussvorlage aus den genannten Gründen nicht zustimmen.

Der Bürgermeister merkt an, dass innovative Möglichkeiten, die die MonheimCard mitbringen könnte, erst in einer eigenen Vorlage vorgestellt und zur Abstimmung vorgelegt werden sollen. Die MonheimCard sei vergleichbar mit einem Online-Bürgerkonto, dessen Nutzung dem Bürger freigestellt sei. Die Daten seien nur für den jeweiligen Bürger einsehbar und sollen diesem eine komfortable und genaue Übersicht über die Inanspruchnahme seiner Leistungen bieten. Weiterhin sollen noch zahlreiche andere Möglichkeiten eröffnet werden, die noch vorzustellen seien. In der

vorgelegten Beschlussvorlage soll jedoch lediglich der Umfang eines Budgets für dieses Vorhaben bereitgestellt werden. Die Aufstellung des Haushaltsplans sei der Kämmerin vorbehalten.

Der Sprecher der SPD-Fraktion erklärt, dass er die Vorlage nach den Ausführungen des Bürgermeisters besser verstehe und die Ziffer 4 der Beschlussvorlage für nachvollziehbar und zustimmungswürdig erachte. Allerdings sei die Ziffer 2 der Beschlussvorlage missverständlich und müsse nach seiner Ansicht, als Kenntnisnahme formuliert werden. Auf seine Nachfrage, warum diese Vorlage nicht in der Sitzung des Wirtschaftsförderungsbeirates beraten worden sei, sondern die Sitzung vielmehr abgesagt wurde, erklärt der Bürgermeister, dass der letzte Sitzungstermin des Wirtschaftsförderungsbeirates weit vor dem Entwurf der Vorlage abgesagt worden sei. Die Vorlage sei in dieser Form nämlich erst in der vergangenen Woche erarbeitet worden. Auch sei das Preisangebot des Unternehmens erst am Vortag eingegangen, weshalb man eine angepasste Versionsvorlage erstellt habe. Anderenfalls sei dieser Punkt durchaus ein Thema für den Wirtschaftsförderungsbeirat gewesen, stimmt der Bürgermeister zu. Ziel sei es, den Einzelhändlern bis Ende November die Online-Darstellung zur Verfügung zu stellen. Sollten die Ratsmitglieder diesen Punkt in einer besser aufgearbeiteten Form im Fachausschuss beraten wollen, so könne in diesem Sinne entschieden werden. Um jedoch zu vermeiden, dass eine Entscheidung an der Formulierung der Beschlussvorschlages scheitere, schlage er vor, die Ziffern 1-3 der Beschlussvorlagen dahingehend zu ändern, dass als Beschlussvorschlag formuliert werde:

„Die Verwaltung wird beauftragt, die weiteren Teilprojekte aus dem Bereich „Monheim 4.0“ entscheidungsreif vorzubereiten.“ Die Ziffer 4 soll als neue Ziffer 2 inhaltlich unverändert beibehalten werden.

Die Sprecherin der PETO-Fraktion und der Sprecher der CDU-Fraktion befürworten die geänderte Beschlussformulierung. Die Sprecherin der PETO-Fraktion weist noch einmal auf die Vorteile des Ausbaus des Projektes „Monheim 4.0“ hin.

Nach Zustimmung der Ratsmitglieder wird die Beschlussempfehlung, wie folgt abgeändert:

Beschlussempfehlung

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die weiteren Teilprojekte aus dem Bereich „Monheim 4.0“ entscheidungsreif vorzubereiten.
2. Zur Umsetzung des lokalen Marktplatzes mit Lieferservice sowie Integration der Gastronomen und Dienstleister stimmt der Rat gemäß § 83 Abs. 2 GO NRW in Verbindung mit der 1. Nachtragshaushaltssatzung 2017 der Stadt Monheim am Rhein der Bereitstellung überplanmäßiger Aufwendungen und Auszahlungen in Höhe von 120.000 € zu. Die Deckung erfolgt aus Einsparungen bei der Kreisumlage. Für die Folgejahre 2018 bis 2020 werden hierfür jeweils 160.000 € etatisiert.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**9 Erlass einer Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen im Stadtgebiet Monheim am Rhein im Jahr 2018
Vorlage: IX/1242**

Protokoll:

Der Sprecher der FDP beantragt, dass nicht, wie in der Beschlussvorlage vorgeschlagen, vier Verkaufsoffene Sonntage im Jahr angeboten werden, sondern acht. Er begründet dies damit, dass die neue Landesregierung acht Verkaufsoffene Sonntage plane.

Der Bürgermeister erklärt, warum über die Beschlussvorlage in unveränderter Form abgestimmt werden sollte.

Zunächst stellt er klar, dass es zu der von der Landesregierung angekündigten Erweiterung der verkaufsoffenen Sonntage noch keine neue Rechtslage gibt. Grundsätzlich sehe er die Liberalisierung der verkaufsoffenen Sonntage positiv. Allerdings müsse für die Einzelhändler eine Planungssicherheit geschaffen werden, damit ihnen frühzeitig die Möglichkeit sich darauf einzustellen gegeben werde. Weiterhin reiche es nicht aus die Geschäfte an Sonntagen zu öffnen. Vielmehr müssten entsprechende Anlässe geschaffen werden, die den Kunden ein attraktives Begleitprogramm bieten. Bisher seien die verkaufsoffenen Sonntage in Abstimmung mit den Einzelhändlern, mit Veranstaltungen, wie dem Martinsmarkt, Weihnachtsmarkt, Frühlings- und Sommerfest verbunden worden. Da die verkaufsoffenen Sonntage immer nur für einen Teil des Stadtgebiets ausgesprochen würden, bestünde bei einer Änderung der Rechtslage jedoch die Möglichkeit, relativ kurzfristig einen fünften verkaufsoffenen Sonntag zum Beispiel für die Hauptstraße in Baumberg zu beschließen. Von Einzelhändlern sei nämlich die Anregung erfolgt, ein Hauptstraßenfest, wie es zum Abschluss der Baumaßnahmen stattgefunden habe, als wiederkehrende Veranstaltung zu etablieren.

Weitere Wortmeldungen gibt es nicht.

Beschlussempfehlung

Die anliegende ordnungsbehördliche Verordnung zur Offenhaltung von Verkaufsstellen in der Stadt Monheim am Rhein an den genannten Sonntagen im Jahr 2018 wird beschlossen.

Die Anlage 1 dieser Vorlage ist Bestandteil des Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10 9. Satzung zur Änderung der "Gebührensatzung zur Abfallentsorgungssatzung (Abfallentsorgungsgebührensatzung) der Stadt Monheim am Rhein vom 16.12.2008"
Vorlage: IX/1253**

Protokoll:**Beschlussempfehlung**

Die 9. Satzung zur Änderung der „Gebührensatzung zur Abfallentsorgungssatzung (Abfallentsorgungsgebührensatzung) der Stadt Monheim am Rhein vom 16.12.2008 wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.

Die Satzung ist Bestandteil des Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

- 11 **3. Satzung zur Änderung der "Satzung über die Abfallentsorgung (Abfallentsorgungssatzung) in der Stadt Monheim am Rhein vom 11.06.2012"**
Vorlage: IX/1254

Protokoll:**Beschlussempfehlung**

Die 3. Satzung zur Änderung der „Satzung über die Abfallentsorgung (Abfallentsorgungssatzung) in der Stadt Monheim am Rhein vom 11.06.2012“ wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.

Die Satzung ist Bestandteil des Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

- 12 **Realisierung eines praxisorientierten Konzepts zur Verbesserung des Arbeitsmarktzugangs für Flüchtlinge**
Vorlage: IX/1248

Protokoll:

Der Bürgermeister erklärt, dass der Kostenrahmen sich auf maximal 400.000 Euro belaufen werde, wenn der Kurs mit vollständiger Besetzung beginnt und endet und die Teilnehmer über 6 Monate ungekündigt im Arbeitsverhältnis bestehen. Die Kosten würden sich ansonsten entsprechend reduzieren.

Der Sprecher der SPD-Fraktion erklärt, dass seine Fraktion die Ansicht vertrete, dass diese Maßnahme überzogen sei und dass dieses Geschäft der Stadt Monheim nicht zukomme. Deshalb werde die SPD-Fraktion der Beschlussvorlage nicht zustimmen. Auf Nachfrage, warum die Beschlussvorlage nicht auch im Integrationsrat beraten wurde, antwortet der Bürgermeister, dass das Konzept der Firma Artech zu dem Zeitpunkt der Einladung für die Integrationssitzung nicht entscheidungsreif vorgelegen habe. Die im Vorfeld entstandene Diskussion im Ausschuss für

Generationen, Kultur, Soziales und Ordnung, sei nur im Rahmen der Entscheidung über die Bereitstellung von Haushaltsmitteln für dieses Projekt geführt worden, obwohl ein inhaltliches Konzept noch nicht vorgelegt habe.

Ein Mitglied der PETO-Fraktion merkt an, dass Humanität bei dem Thema Flüchtlinge nicht ende und kritisiert die Anmerkung, das Projekt sei überzogen.

Der Sprecher der CDU-Fraktion erklärt, dass Fördermaßnahmen, die das vorgelegte Konzept eigentlich nicht in den Zuständigkeitsbereich der Stadt, sondern vielmehr der ARGE gehöre. Gleichwohl sei die CDU-Fraktion dafür, dass solche Konzepte entwickelt und umgesetzt werden, wenn die finanziellen Mittel zur Verfügung stehen. Allerdings sei die CDU-Fraktion der Ansicht, dass ein Projekt mit diesem Kostenrahmen, einer größeren Anzahl von Personen zu Gute kommen sollte. Auch bei Gesprächen mit Personen, die im Bereich der Flüchtlingsarbeit tätig sind, habe die CDU-Fraktion den Eindruck gewonnen, dass das Projekt auch in diesen Kreisen als zu teuer erachtet werde. Deshalb werde die CDU-Fraktion der Beschlussempfehlung nicht zustimmen.

Der Bürgermeister erklärt, dass ihm diese kritischen Stimmen, auf die sich die CDU-Fraktion berufe, bekannt seien. Er bedauert es, dass hier kein Dialog aufgesucht werde. Die Stadt Monheim arbeite eng mit dem SKFM und dem beratungsCentrum zusammen. Insbesondere das beratungsCentrum berate und begleite Flüchtlinge die einen Asyl-Status haben und unterstütze sie bei der Arbeit mit dem Integration Point des Jobcenter Mettmann. Das in dieser Beschlussvorlage zur Entscheidung gestellte Konzept verfolge jedoch ein ganz anderes Ziel. Es gehe nicht darum allen Flüchtlingen eine Orientierung bezüglich vorhandener Strukturen zu geben und sie zu begleiten. Vielmehr soll gezielt eine Brücke zwischen vorhandenen Personalressourcen und der Erwartung der Wirtschaft geknüpft werden. Er betont noch einmal, dass die Zusammenarbeit mit Artech kein Misstrauensvotum gegenüber den beiden anderen Trägern sei.

Die Sprecherin der PETO-Fraktion bezieht noch einmal Stellung zu der Kritik der übrigen Fraktionen. Die PETO-Fraktion vertrete die Ansicht, dass es durchaus eine kommunale Aufgabe sei, Menschen so zu fördern, dass sie eine gute Ausbildung erhalten und die Möglichkeit in einem Arbeitsverhältnis zu bestehen. Weiterhin kritisiert sie, dass die CDU-Fraktion behaupte, es könnten mit diesem Geld bessere Maßnahmen gefördert werden, dabei aber kein Konzept für eine andere Maßnahme vorstellt.

Der Sprecher der FDP erklärt, dass die FDP der Beschlussempfehlung zustimmen werde. Sie halte diese Maßnahme für ein beispielhaftes Pilotprojekt, das Potential habe sich auszuweiten, mit der Option, dass möglicherweise das Land eine solche Maßnahme fördere.

Der Bürgermeister erläutert weiter, dass Artech mit der Maßnahme für Monheimer Flüchtlinge sogar auf einen Teilgewinn verzichte, den sie bei der Zusammenarbeit mit anderen Unternehmen jedoch erzielt hätte. Das zeige, dass diese Maßnahme aus einer Überzeugung heraus betrieben werde. Die hier geführte Diskussion erscheine vor diesem Hintergrund nahezu undankbar.

Beschlussempfehlung

Der Rat der Stadt Monheim am Rhein beschließt die Umsetzung des Artech-Konzepts zur Verbesserung des Arbeitsmarktzugangs für Flüchtlinge und die damit verbundene Freigabe der mit einem Sperrvermerk versehenen Haushaltsmittel in

Höhe von 500.000 Euro (Beschlussvorlage IX/1113/1).

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich zugestimmt.

Ja-Stimmen: 11 PETO-Fraktion, 1 FDP, 1 Die Linke, 1 BM
Nein-Stimmen: 3 CDU-Fraktion, 1 SPD-Fraktion

Die Fraktionsvorsitzende der PETO-Fraktion verabschiedet sich nach Abstimmung zu TOP 12. Es wird eine Pause von 15 Minuten eingelegt.

13 Bereitstellung von überplanmäßigen Finanzmitteln aufgrund der Änderung des Unterhaltsvorschussgesetzes rückwirkend ab dem 1. Juli 2017
Vorlage: IX/1240

Protokoll:

Beschlussempfehlung

1. Durch die Änderung des Unterhaltsvorschussgesetzes (UVG) rückwirkend zum 01. Juli 2017 wird gemäß § 83 I der Gemeindeordnung NRW (GO NRW) i.V.m. § 7 Abs. 1 der 1. Nachtragssatzung zur Haushaltssatzung der Stadt Monheim am Rhein für das Haushaltsjahr 2017 beim Produkt Hilfen für junge Menschen und ihre Familien (06.03.00) bei den Sonstigen sozialen Leistungen (Sachkonto 5339000; Kostenstelle 3209001; Kostenträger 06030200) ein Betrag in Höhe von insgesamt 500.000 Euro überplanmäßig bereitgestellt.
2. Die Deckung erfolgt durch eine höhere Kostenerstattung des Landes für die UVG-Leistungen in Höhe von 130.000 Euro für das zweite Halbjahr 2017 und durch Minderaufwand bei der Kreisumlage.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

14 Einführung einer Rente für ehrenamtliche Angehörige der Freiwilligen Feuerwehr Monheim am Rhein
Vorlage: IX/1247/1

Beschlussempfehlung

1. Der Rat beschließt die anliegende Richtlinie als Grundlage zur Umsetzung der Rente für ehrenamtlich tätige Feuerwehrangehörige, die ab dem 01.01.2018 Anwendung findet. Die Anlage 1 ist Bestandteil des Beschlusses.
2. Die für das Jahr 2016 bereitgestellten Mittel werden in Form einer Sondereinlage in die Versicherung eingebracht und auf diejenigen aktiven Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr gleichmäßig verteilt, die bereits zehn Jahre oder länger die Feuerwehr unterstützen. Die für das Jahr 2017 bereitgestellten Mittel werden auf alle zum Stichtag 01.01.2017 aktiven

Mitglieder der freiwilligen Feuerwehr verteilt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

15 Strategische Weiterentwicklung der VHS
Vorlage: IX/1233

Protokoll:

Beschlussempfehlung

- 1.) Die strategische Weiterentwicklung der VHS Monheim am Rhein wird gemäß dem beiliegenden Konzept beschlossen. Anlage 1 ist Bestandteil des Beschlusses.
- 2.) Zur Umsetzung der strategischen Weiterentwicklung der Volkshochschule werden die im Punkt 4 der Anlage 1 benannten Personalressourcen im Stellenplan berücksichtigt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

16 Trägerschaft Kindertagesstätte Bregenzer Straße
Vorlage: IX/1230

Beschlussempfehlung

1. Der educcare Bildungskindertagesstätten gGmbH, Köln wird die Trägerschaft der neu zu errichtenden Kindertagesstätte an der Bregenzer Straße im Ortsteil Baumberg übertragen. Der Beschluss erfolgt vorbehaltlich der Genehmigung durch den Landschaftsverband Rheinland/Landesjugendamt.
2. Die Stadt Monheim am Rhein übernimmt den gesetzlichen Trägeranteil der educcare Bildungskindertagesstätten gGmbH (derzeit in Höhe von 9%) bezogen auf die vorgesehenen vier Kita-Gruppen ab Inbetriebnahme und für die Dauer der Laufzeit der Trägerschaft.
3. Die Verwaltung wird beauftragt und ermächtigt die für Trägerschaft und Betrieb der Einrichtung sowie Nutzung des städtischen Gebäudes (einschließlich Inventar) notwendigen Verträge mit dem educcare Bildungskindertagesstätten gGmbH abzuschließen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

- 17 Umgestaltung der Monheimer Bürgerwiese - Auswahl eines Planungsbüros
Beratung
Vorlage: IX/1180**

Beschlussempfehlung

1. Der Rat nimmt das Ergebnis des Auslobungsverfahrens für die Umgestaltung der Bürgerwiese zustimmend zur Kenntnis und empfiehlt, das Planungskonzept B gemäß Anlage weiterzuverfolgen.
2. Vor der Ausschreibung Vergabe von Bauleistungen soll das Ergebnis der Planung im Rat vorgestellt werden.

**Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.**

- 18 Bereitstellung von überplanmäßigen Finanzmitteln für die Baumaßnahme
„Umgestaltung des Alten Marktes inkl. Kanalauswechslung“
Vorlage: IX/1236**

Protokoll:

Auf die Frage des Ratsmitglieds der FDP, warum diese Kostenerhöhung entstanden sei und ob diese nicht absehbar gewesen sei, erklärt der Bürgermeister, dass der Boden im Gebiet des Altstadtbereiches durchaus viele Überraschungen bereithalte, die wegen der punktuellen Probenentnahme nicht immer vorhersehbar seien.

Beschlussempfehlung

1. Für die Straßenbaumaßnahme „Umgestaltung des Altstadtplatzes Alter Markt“, Investitionsnummer I6004.072, Sachkonto 0451003, Kostenstelle 6004001, Kostenträger 12010302 werden 460.000,00 € überplanmäßig gem. § 83 I der Gemeindeordnung NRW (GO NRW) i.V.M. § 7 Abs. 1 der 1. Nachtragssatzung zur Haushaltssatzung der Stadt Monheim am Rhein für das Haushaltsjahr 2017 bereitgestellt.
2. Die Deckung erfolgt in voller Höhe durch Minderaufwendungen bei der Kreisumlage.

**Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.**

- 19 Neubau von 4 Kindertagesstätten
- Baubeschluss -
Vorlage: IX/1245**

Protokoll:

Herr Nagy von der CDU-Fraktion zeigt Ausschließungsgründe an und verlässt den Kreis der Ratsmitglieder.

Beschlussempfehlung

1. Die Neubaumaßnahmen zur Errichtung der 4 Kindertagesstätten sind entsprechend der Planung auszuschreiben und zu realisieren.
2. Die Finanzierung erfolgt über die im Haushalt unter den Investitionen I7102.008, I7102.089, I 7102.090 sowie I7102.091 bereit gestellten Haushaltsmittel in Höhe von insgesamt 13,0 Mio. EUR.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**20 Freianlagen an den Übergangwohnheimen Niederstraße
- Baubeschluss -
Vorlage: IX/1265**

Beschlussempfehlung

1. Die Freianlagen/Außenanlagen für die Übergangwohnheime an der Niederstraße sind entsprechend der beigefügten Planung auszuschreiben und zu realisieren.
2. Die Finanzierung erfolgt zu 150.000,00 Euro über die in Teilfinanzplan B unter I7102.060 bereit gestellten Haushaltsmittel und zu 350.000,00 Euro über die im Haushaltsplan 2018 unter I7102.117 zu veranschlagenden Haushaltsmittel.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**21 Halbjahresbericht zum Stichtag 30.06.2017
Vorlage: IX/1234**

Abstimmungsergebnis:

Zur Kenntnis genommen.

**22 Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses der Stadt Monheim am Rhein
2016 und Entlastung des Bürgermeisters
Vorlage: IX/1270/1**

Protokoll:

Der Bürgermeister merkt an, dass er zu Ziffer zwei nicht stimmberechtigt sei. Er stimmt zu Ziffer zwei der Beschlussempfehlung nicht mit ab. Die Ratsmitglieder erklären keine Einwände zu einer gemeinsamen Abstimmung von Ziffer 1 und 2.

Beschlussempfehlung

1. Der Rat stellt gemäß §§ 96 und 101 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) den Jahresabschluss zum 31.12.2016 fest.
2. Der Rat entlastet gemäß § 96 Abs. 1 S. 4 GO NRW den Bürgermeister.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**23 Beschluss über die Verwendung des Jahresüberschusses 2016
Vorlage: IX/1273****Beschlussempfehlung**

Der Rat beschließt, den Jahresüberschuss 2016 in Höhe von 77.882.300,72 EUR zur Erhöhung der Ausgleichsrücklage in Höhe von 25.841.861,83 EUR und zur Erhöhung der Allgemeinen Rücklage in Höhe von 52.040.438,89 EUR zu verwenden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

24 Mündliche Mitteilungen**Protokoll:**

Keine Wortmeldungen.

25 Mündliche Anfragen**Protokoll:**

Keine Wortmeldungen.

Daniel Zimmermann
Bürgermeister

Cansen Akcakavak
stellv. Schriftführerin